

**Medienkonferenz zum neuen Infrastrukturbericht:
«Mit Wettbewerb und nachhaltiger Finanzierung an die Spitze» – Forderungen
der Schweizer Wirtschaft zur Infrastrukturpolitik**
Montag, 2. Juli 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Energieversorgung – Forderungen der Wirtschaft für die aktuelle Legislatur

Rudolf Hug, Verwaltungsratspräsident der HT-Holding AG und
Präsident der Energie- und Umweltkommission von economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die sichere und konkurrenzfähige Stromversorgung hat aus Sicht der Wirtschaft oberste Priorität. Gerade im schwierigen wirtschaftlichen Umfeld ist dies ein unverzichtbarer Standortfaktor, den wir nicht aufs Spiel setzen dürfen. Die Schweizer Wirtschaft sieht selbstverständlich viele Chancen in der Energiewende, diese darf aber nicht zu einer flächendeckenden Subventionierung von einzelnen Technologien oder zu zusätzlichen Abgaben und Steuern führen. Es braucht mehr Markt statt neue Steuern und Subventionen bei den erneuerbaren Energien und den Effizienzmassnahmen. Die kostendeckende Einspeisevergütung darf nur während der Markteinführung ausbezahlt werden und muss degressiv ausgestaltet sein, um so die finanzielle Belastung in Grenzen zu halten und eine Aufblähung von staatlich gestützten Strukturen zu vermeiden. Für die Wirtschaft kommt ein energiesteuerlicher Alleingang der Schweiz, wie ihn der Bundesrat mit dem Vorhaben einer ökologischen Steuerreform angedeutet hat, nicht infrage. Dieser wäre eine grosse Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz.

Daneben zeigt sich deutlich: Die vollständige und umfassende Öffnung des Strommarkts ist nötiger denn je. Denn die Integration des Schweizer Strommarkts in den EU-Markt leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Versorgungssicherheit. Im Zentrum steht dabei eine EU-kompatible Liberalisierung des Strommarkts, die Anreize für optimale Produktion, Speicherung und Verbrauch von Strom sowie die dazu erforderlichen Investitionen setzt. Das bilaterale Stromabkommen mit der EU muss deshalb möglichst rasch abgeschlossen werden.

Rahmenbedingungen für Produktion, Netzausbau und Forschung verbessern

Unabhängig davon wird die Schweiz aber weiterhin auf Grosskraftwerke und leistungsfähige Übertragungsnetze angewiesen sein. Daher braucht es verlässliche gesetzliche Rahmenbedingungen für den Ersatz sowie den Aus- und Neubau von Produktionskapazitäten, vereinfachte Bewilligungs- und Einspracheverfahren und eine Netzentgeltregelung, die Investitionen in die Netzinfrastruktur ermöglicht. Zu den verbesserten Rahmenbedingungen gehört auch ein Anschluss ans EU-

Emissionshandelssystem ETS, um so den wirtschaftlichen Betrieb der notwendigen Gaskombikraftwerke zu ermöglichen. Daneben müssen Investitionen in die Forschung und Entwicklung in der Energiepolitik einen wichtigen Stellenwert haben. Zu einer innovativen Forschungspolitik gehört auch, dass Technologieverbote keinen Platz haben.

Die Effizienz spielt eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung der neuen Energiepolitik. Die Wirtschaft ist gerne bereit, ihre erfolgreichen Effizienzmassnahmen fortzusetzen. Bereits heute unternimmt die Industrie im internationalen Vergleich grosse Anstrengungen. Die über 2000 der Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) angeschlossenen Unternehmen haben mit freiwilligen Massnahmen ihren Stromverbrauch um zehn Prozent (1 TWh) gesenkt, während der Verbrauch bei allen anderen Gruppen anstieg. Es ist zentral, dass im Rahmen der neuen Energiepolitik kein Unternehmen zu unwirtschaftlichen Einsparmassnahmen gezwungen wird, die auf theoretisch-technischen Potenzialen beruhen. Gemäss einer Studie der EnAW ist bis 2020 mit wirtschaftlichen Massnahmen eine Verdoppelung auf 2 TWh möglich. Bis 2050 wurde indikativ ein Potenzial von 7 TWh ermittelt. Der Bund geht für die Wirtschaft von einer Reduktion von 18,5 TWh aus – uns ist schleierhaft, wie er mit wirtschaftlichen Massnahmen auf diese Zahl kommen will.

Wenn wir 2012 über die Energiepolitik von 2050 sprechen, geht es um eine Vision. Die Energiewende ist ein Generationenprojekt und es besteht die Gefahr eines übertriebenen Aktivismus ohne Berücksichtigung der Folgen. Es braucht deshalb einen Masterplan ab jetzt bis 2030, der eine transparente Etappierung der Massnahmen sowie ein Monitoring der Fortschritte bezüglich neuer Technologien zulässt.